



## Niederschrift

über die  
öffentliche/nicht öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung  
am 28.06.2011  
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Volker Kullik

Abg. Bernd Wölbern

Abg. Heinz-Günter Bargfrede

Abg. Heinz-Friedrich Carstens

Abg. Detlef Cordes

Abg. Dr. Peter Fröhlich

Abg.e Barbara Frömming

Abg. Rudolf Kahrs

Abg. Thomas Lauber

Abg. Rolf Lüdemann

Abg. Klaus Mangels

Abg. Bernd Petersen

Abg. Reinhard Trau

Vertretung für Abgeordneten Angelus Pape

#### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Reinhold Becker

#### **Verwaltung**

Landrat Hermann Luttmann

Erster KR Dr. Torsten Lühring

Herr Jürgen Cassier

Herr Gert Engelhardt

Herr Gerd Hachmöller

Herr Helmut Neiß

Frau Ulrike Jungemann

Herr Rainer Meyer

Entschuldigt: Kreisnaturschutzbeauftragter Werner Burkart

## **Tagesordnung:**

### **a) öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 11.05.2011
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Informationen des LBEG zum geplanten Fracking der Erdgasbohrung Höhnsmoor Z 1 zwischen Rotenburg und Westerholz
- 6 Zukünftige Nutzung des kreiseigenen Pavillons am Großen Bullensee in der Gemarkung Kirchwalsede  
Vorlage: 2006-11/1157
- 7 Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)  
hier: Abschließende Beratung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 2006-11/1150
- 8 2. Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Grafeler Holz, Hamerloh und Lintel"  
Vorlage: 2006-11/1158
- 9 Antrag des Kreistagsabgeordneten Dr. Fröhlich vom 22.08.2010 zur Erhaltung von Ackerlandstreifen an landwirtschaftlichen Wegen  
Vorlage: 2006-11/1118
- 10 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011: Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes  
Vorlage: 2006-11/1156
- 11 Anfragen

### **b) nichtöffentlicher Teil**

- 12 Berichte und Anfragen

### **a) öffentlicher Teil**

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Stellvertretender Ausschussvorsitzender Wölbern** eröffnet um 14:35 Uhr die Sitzung, begrüßt

die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Es wird vereinbart, die Tagesordnung um den Eilantrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Deponie Haaßel zu erweitern. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 11.05.2011**

Die Niederschrift wird einstimmig (1 Enthaltung) genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

**Landrat Luttmann** berichtet, dass im Kreisgebiet die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Jahr 2009 einen Anteil von 62 % am Gesamtstromverbrauch hatte. Die wichtigsten Beiträge würden die Windenergie und die Biomasse liefern. Mit weiteren Steigerungsraten insbesondere aus Biogasanlagen sei zu rechnen. Ziel sei es, den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Kreisgebiet auf 100 % zu steigern.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Informationen des LBEG zum geplanten Fracking der Erdgasbohrung Höhnsmoor Z 1 zwischen Rotenburg und Westerholz**

**Stellvertretender Ausschussvorsitzender Wölbern** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Rieche und Herrn Barteczko vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG).

**Herr Rieche** trägt vor, dass das Unternehmen RWE-DEA AG beabsichtige, die Erdgasbohrung Höhnsmoor Z 1 einer Frac-Behandlung zu unterziehen. Beim Fracking werde in einer Bohrtiefe von 5.000 m der Sandstein aufgebrochen, um das enthaltene Erdgas zu gewinnen. Dafür werde eine Flüssigkeit unter hohem Druck in die Tiefe gepresst und im Gestein würden Risse erzeugt. Die eingesetzte Flüssigkeit bestehe aus Wasser, Ton und Chemikalienzusätzen. Zwischen den erzeugten Rissen und der Erdoberfläche würden sich absperrende Schichten befinden, so dass eine Beeinflussung oberflächennaher Erdschichten ausgeschlossen werden könne. Für das Fracking sei ein Betriebsplan erforderlich, der vom LBEG genehmigt werde. Dabei würden alle wasserrechtlichen Benutzungstatbestände geprüft und der Landkreis als untere Wasserbehörde beteiligt.

**Ausschussvorsitzender Kullik** nimmt ab 14:47 Uhr an der Sitzung teil.

Auf die Frage des **Abgeordneten Bargfrede** fragt, ob es auch andere technische Möglichkeiten gebe, die weniger gefährlich seien, antwortet **Herr Rieche**, dass das Fracking unverzichtbar sei, weil dadurch eine optimale Gasausbeute erzielt werde.

**Abgeordneter Lauber** weist darauf hin, dass es in anderen Ländern, insbesondere in Frankreich und den USA, erhebliche Vorbehalte gegen die Frac-Technologie gebe. **Herr Rieche** sagt, in den USA würde das Erdgas in der Regel aus schwer zugänglichen Schiefergesteinen gefördert (Shale-Gas-Lagerstätten). In Deutschland sei kein Fall bekannt, in dem es durch Fracking zur Verschmutzung von Grundwasser oder zu mechanischen Auswirkungen auf die Geländeoberfläche gekommen sei.

**Abgeordnete Frömming** möchte wissen, ob eine Anfang Mai 2011 registrierte Bodenerschütterung im Bereich Verden auf Erdgasförderungen zurückzuführen sei. **Herr Rieche** verweist auf

das seismologische Messnetz der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, das im Internet zur Verfügung stehe.

Des Weiteren möchte die **Abgeordnete Frömming** wissen, ob künftig vermehrt mit Fracking-Verfahren zu rechnen sei. **Herr Rieche** weist darauf hin, dass bei der überwiegenden Zahl der Erdgasbohrungen bereits in der Vergangenheit Frac-Verfahren durchgeführt worden seien. Man werde in Niedersachsen jedoch keine Verhältnisse wie in den USA bekommen, wo ein engmaschiges Erdgasbohrnetz bestehe.

Auf eine Frage des **Abgeordneten Cordes** antwortet **Herr Rieche**, dass ausgeförderte Lagerstätten durchaus als Gasspeicher genutzt werden könnten.

**Stellvertretender Ausschussvorsitzender Wölbern** bedankt sich abschließend bei den Vertretern des LBEG für die informativen Ausführungen. Er übergibt die Sitzungsleitung an den Ausschussvorsitzenden Kullik.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Zukünftige Nutzung des kreiseigenen Pavillons am Großen Bullensee in der Gemarkung Kirchwalsede**  
**Vorlage: 2006-11/1157**

---

**Landrat Luttmann** teilt mit, dass die Bewerberin Frau Bengsch ihr Angebot zurückgezogen habe. Sie werde während des Sommers weiterhin mit einem Verkaufswagen vor Ort sein. Sowohl mit Frau Bengsch als auch mit weiteren potentiellen Betreibern sollten nochmals Gespräche über die zukünftige Nutzung des kreiseigenen Pavillons geführt werden. Auch sei im Einzelnen zu klären, in wie weit sich der Landkreis und die betroffenen Gemeinden an der Finanzierung des Projekts beteiligen könnten.

**Abgeordneter Petersen** bedauert die Entwicklung und plädiert dafür, das Bau- und Nutzungskonzept von Frau Bengsch seitens des Landkreises finanziell zu unterstützen.

**Abgeordneter Bargfrede** meint, die Bewerberin könne mit dem Verkaufswagen zunächst testen, ob der Standort einträglich sei. Er schlägt vor, an geeigneter Stelle dafür zu werben, dass ein Verkaufswagen am Pavillon vorzufinden sei und für Wanderer sowie Badegäste einen Imbiss anbiete. Um die Attraktivität für Erholungssuchende zu erhöhen, sollten außerdem die Bänke rund um den Bullensee erneuert werden.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)**  
**hier: Abschließende Beratung und Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 2006-11/1150**

---

**Diplom-Ingenieur Neiß** trägt vor, dass die Stellungnahmen zur Änderung des RROP in der vergangenen Ausschusssitzung eingehend beraten und in der Abwägung berücksichtigt worden seien. Am Erörterungstermin mit den kreisangehörigen Gemeinden am 09.06.2011 habe lediglich die Stadt Visselhövede teilgenommen. Bedenken seien von ihr nicht geäußert worden. Der Planentwurf könne somit abschließend von den Gremien des Landkreises beraten werden.

**Landrat Luttmann** weist darauf hin, dass eine Änderung bei den Vorranggebieten für Windenergienutzung frühestens bei der nächsten Fortschreibung des RROP geplant sei. Nach derzeitigem Stand sei vorgesehen, mit dieser Fortschreibung im Jahr 2014 zu beginnen. Insofern halte er es für fragwürdig, dass bereits jetzt an mehreren Stellen im Kreisgebiet Flächennutzungsverträge abgeschlossen würden. So sei etwa die Wahrscheinlichkeit vergleichsweise gering, dass der umstrittene Bereich der ehemaligen Raketenstellung in Eversen als Vorranggebiet für Windenergienutzung ausgewiesen werde.

**Abgeordneter Petersen** fragt, in wie weit bei der Festlegung der Küstenautobahn A 20 die von

der Gemeinde Loxstedt (Landkreis Cuxhaven) vorgeschlagene neue Trassenvariante zu berücksichtigen sei. **Diplom-Ingenieur Neiß** sagt, zu der Trassenvariante finde zunächst auf Einladung der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr eine Informationsveranstaltung statt. Die Gemeinde Hipstedt sei von der veränderten Linienführung stark betroffenen und lehne den Trassen-vorschlag ab.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Satzung über die Feststellung der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 8 der Tagesordnung: **2. Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Grafeler Holz, Hamerloh und Lintel"**  
**Vorlage: 2006-11/1158**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Das Verfahren zur Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung wird fortgesetzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Antrag des Kreistagsabgeordneten Dr. Fröhlich vom 22.08.2010 zur Erhaltung von Ackerrandstreifen an landwirtschaftlichen Wegen**  
**Vorlage: 2006-11/1118**

---

**Abgeordneter Dr. Fröhlich** begründet seinen Antrag. Er weist darauf hin, dass die Erhaltung von Ackerrandstreifen einer „Vermaisung“ der Landschaft entgegenwirke und positive Auswirkungen auf die Artenvielfalt habe. Sowohl der Tourismus im Landkreis als auch die Landwirtschaft würden davon profitieren. Die Kreisverwaltung solle ein Konzept erstellen und dabei auch finanzielle Anreize für die Landwirte in die Überlegungen einbeziehen.

**Ausschussvorsitzender Kullik** und **Abgeordneter Wölbern** weisen darauf hin, dass in der Sitzungsvorlage eine Vielzahl von Instrumenten zur Erhaltung von Ackerrandstreifen aufgelistet sei. Mehr könne die Kreisverwaltung kaum tun; letztlich liege die Verantwortung vor Ort bei den Gemeinden.

**Abgeordneter Lauber** sagt, die Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände habe auf die Problematik immer wieder aufmerksam gemacht. In den letzten Jahren seien – auch durch das Engagement des Landrats – nennenswerte Fortschritte eingetreten. Trotzdem müsse man regelmäßig darauf hinweisen, Wirtschaftswege und Wegeseitenränder nicht als landwirtschaftliche

Produktionsfläche zu missbrauchen.

**Forstoberrat Cassier** schlägt vor, die Thematik bei der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans zu berücksichtigen.

**Abgeordneter Cordes** bittet, den Gemeinden für die Erhaltung von Wegeseitenrändern aktuelle Luftbilder zur Verfügung zu stellen.

**Landrat Luttmann** weist darauf hin, dass es auch Privatwege gebe, die öffentlich genutzt würden. Hinsichtlich der Erhaltung von Wegeseitenrändern sei man sicherlich weiter als vor 25 Jahren. Ein positives Beispiel sei die jüngst getroffene Vereinbarung in der Gemeinde Wilstedt.

**Abgeordneter Trau** sagt, in der Gemeinde Stemmen seien die Wege nachgemessen worden. Die meisten Landwirte würden sich an die Grenzen halten.

**Abgeordneter Dr. Fröhlich** erklärt abschließend, dass über den Antrag nicht abgestimmt werden müsse. Er bittet jedoch, nochmals über Anreizsysteme für die Landwirtschaft nachzudenken.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011: Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes**  
**Vorlage: 2006-11/1156**

---

**Abgeordnete Frömming** erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Das Konzept solle Informationsgrundlagen und Handlungsempfehlungen für eine abgestimmte Strategie in der Energie- und Klimaschutzpolitik des Landkreises erarbeiten und mit Hilfe eines überregional tätigen Fachinstituts erstellt werden. Insbesondere solle ermittelt werden, welche Rolle erneuerbare Energien spielen und welche Effekte über Einsparungen und Effizienzsteigerungen erzielt werden könnten. Ziele seien ein Leitbild und ein Energieszenario bis 2050.

**Abgeordneter Bargfrede** weist darauf hin, dass nach der Energiewende der Bundesregierung die Themen Energieeinsparung und Verstärkung der erneuerbaren Energien auch in den Kommunen verstärkt diskutiert würden. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) sei diesbezüglich gut aufgestellt. So sei kürzlich im Ausschuss für Hoch- und Tiefbau ein Bericht zur energetischen Sanierung der kreiseigenen Gebäude gegeben worden. Was den Ausbau der erneuerbaren Energien betreffe, habe die SPD-Kreistagsfraktion im letzten Jahr noch einen „Genehmigungsstopp“ für Biogasanlagen gefordert. Der heutige Antrag der SPD gehe zwar in die richtige Richtung, sei jedoch zu weit gefasst und komme zu früh, da zunächst mögliche Vorgaben auf Bundes- und Landesebene abgewartet werden sollten. Die Punkte 2 und 3 im Antrag würden von der CDU/FDP-Gruppe nicht mitgetragen. Zurzeit gebe es für die Erstellung von Energiekonzepten zudem keine nennenswerten Fördergelder.

**Abgeordneter Wölbern** gibt zu bedenken, dass Konzepte naturgemäß zu einem frühen Zeitpunkt erstellt werden müssten. Nach seinen Informationen würden ab März 2012 wieder Fördermittel für regionale Energiekonzepte beim Bundesumweltministerium zur Verfügung stehen. Was die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien anbelange, stehe man im Landkreis gut da. Bei der Wärmeversorgung sei dies noch nicht der Fall. Das Biogasprojekt in Malstedt sei gut gelaufen, letztlich aber nur ein punktuell Vorhaben. Im Übrigen sei die SPD-Kreistagsfraktion nicht gegen Biogasanlagen.

**Landrat Luttmann** sagt, der Landkreis befasse sich seit langem mit Fragen des Klimaschutzes und der erneuerbaren Energien. Beispiele seien die Energiesparmaßnahmen an kreiseigenen Gebäuden sowie die Innovations- und Kooperationsinitiative Bioenergie. Die Kreisverwaltung werde zum Herbst einen ersten Vorschlag für ein Klimaschutzkonzept vorlegen. Ein externes Gutachten sei aus seiner Sicht nicht erforderlich. Er schlage vor, dass der neue Kreistag im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2012 darüber befände, ob Geld für ein Konzept zur Verfügung gestellt werde. Im Übrigen bitte er, den Zeithorizont für das Energieszenario deutlich kürzer zu fassen (bis 2022).

**Abgeordneter Wölbern** erklärt, seine Fraktion ziehe die Punkte 2 und 3 des Antrages zurück. Ob ein externes Institut oder Büro beauftragt und wie viel Geld bereitgestellt werde, solle vom neuen Kreistag entschieden werden.

**Landrat Luttmann** bittet, in Punkt 4 des Antrages auf die unverzügliche Stellung von Förderanträgen zu verzichten.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) entwickelt ein Energie- und Klimaschutzkonzept, welches Informationsgrundlagen und Handlungsempfehlungen für eine abgestimmte Strategie in der Energie- und Klimaschutzpolitik des Landkreises erarbeitet. Insbesondere werden die Ausgangsbedingungen und Potenziale für die Anwendung von erneuerbaren Energien, für die Einsparung von Energie und für Technologien zur Effizienzsteigerung sowie der Stand der dezentralen Energiewirtschaft im Landkreis Rotenburg (Wümme) erhoben und bewertet. Es wird ein Leitbild und ein Energieszenario für die Entwicklung bis 2050 entworfen.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, nach Fördermöglichkeiten für das Konzept zu suchen, insbesondere im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2011 zur Deponie Haaßel**

---

Nachdem der **Ausschussvorsitzende Kullik** die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Wölbern übergeben hat, begründet er den Antrag. Unter den jetzigen Voraussetzungen solle sich der Landkreis an weiteren Planungen für eine Deponie am Standort Haaßel nicht mehr beteiligen. Zunächst sei zu prüfen, welcher Bedarf überhaupt für eine Deponie im Landkreis bestehe, auch hinsichtlich Art, Größe und Laufzeit. Zudem müsse geklärt werden, wer eine eventuell notwendige Deponie betreiben solle - der Landkreis in Eigenregie oder private Entsorgungsträger – und wo ein geeigneter Standort dafür sei.

**Abgeordneter Bargfrede** erinnert daran, dass Ende 2009 nach einem einstimmigen Beschluss des Kreistages ca. 10,7 ha Kreisflächen in der Gemarkung Haaßel zwecks Deponienutzung an die Firma Kriete verkauft worden seien. Unmittelbar nach der Verkaufsentscheidung des Kreistages habe die Kreisverwaltung ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt, da die betroffenen Flächen im Regionalen Raumordnungsprogramm als „Vorranggebiet für Natur und Landschaft“ ausgewiesen seien. Für die Zielabweichung sei das Benehmen mit Samtgemeinde und Gemeinde Selsingen hergestellt worden. Erst nach Einleitung des Planfeststellungsverfahrens im März 2011 sei das geplante Vorhaben in die Kritik geraten. Das beim Gewerbeaufsichtsamt beantragte Deponievolumen, die Zahl der täglichen Transporte und die nach den Planfeststellungsunterlagen vorgesehenen Abfallarten würden erheblich von dem 2009 vorgestellten Konzept abweichen. Der Kreisausschuss habe daraufhin am 17.05.2011 beschlossen, ein noch im Kreiseigentum stehendes Grundstück im südlichen Plangebiet für eine Deponie gleich welcher Art zum jetzigen Zeitpunkt nicht zur Verfügung zu stellen. Außerdem sei beschlossen worden, die Eintragung einer Baulast für die Erschließung der südlichen Flächen zu verweigern. Die sogenannte „große Lösung“ sei mit dieser Stellungnahme vom Tisch. Nun seien die Firma Kriete und das Gewerbeaufsichtsamt am Zuge. Zunächst bleibe abzuwarten, welche Ergebnisse die geplanten Gespräche aller Beteiligten am Runden Tisch bringen würden. Es gelte, dieses Treffen nicht mit Anträ-

gen zur Sache zu befrachten. Die von der SPD-Fraktion im Eilantrag aufgeworfenen Fragen sollten auf die Tagesordnung, wenn 2012 über die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes beraten werde.

**Ausschussvorsitzender Kullik** sagt, der Kreistag habe durch seine Entscheidung, Flächen in der Gemarkung Haaßel an die Firma Kriete zu verkaufen, die derzeitige Situation ermöglicht. Es gelte nunmehr, die Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Kreisverwaltung solle am Runden Tisch auch nicht für eine „kleine Lösung“ eintreten. Eine Bearbeitung der im Antrag genannten Punkte sei vordringlich und könne nicht erst bei der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes erfolgen.

**Landrat Luttmann** betont, der Bedarf für eine Deponie der Klasse I sei geprüft worden. Die Entsorgung von leicht bis mäßig belasteten Böden sei seit Jahren problematisch, weil es im Landkreis an ausreichendem Deponieraum fehle, in denen dieses Material entsorgt werden könne. Dies sei dem Landkreis von mehreren Tiefbauunternehmen mitgeteilt worden. Das Niedersächsische Umweltministerium habe im Zielabweichungsverfahren erklärt, dass ein Bedarf an zusätzlichen Deponiekapazitäten der Klasse I bestehe, was uneingeschränkt auch auf das Entsorgungsgebiet des Landkreises Rotenburg (Wümme) zutreffe. Auch im Abfallwirtschaftsplan Niedersachsen werde der Bedarf – entgegen der Aussage des NABU-Vorsitzenden Baumert – sehr wohl gesehen. Wenn sich der Landkreis – wie von der SPD beantragt - an weiteren Planungen für eine Deponie am Standort Haaßel nicht beteilige, finde das Verfahren ohne den Sachverstand der Kreisverwaltung statt. Dies könne nicht ernsthaft gewollt sein.

**Abgeordneter Lüdemann** fügt hinzu, dass nicht der Landkreis, sondern das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt über die Genehmigung der Deponie entscheide. Der Landkreis habe damit gar keine Möglichkeit, aus eigener Macht das derzeitige Genehmigungsverfahren anzuhalten. Mit dem Antrag der SPD-Fraktion könne eine Deponie weder verhindert noch verzögert werden.

**Abgeordneter Petersen** sagt, der Bedarf für eine Bauschuttdeponie sei durchaus erkennbar. Ziel müsse sein, eine illegale Entsorgung von Bauschutt in der freien Landschaft zu verhindern. Man müsse bei der Planung einer solchen Deponie aber über die Kreisgrenzen hinwegsehen und mit den Nachbarlandkreisen kooperieren. Daher sei ein neues Suchraumverfahren erforderlich.

**Ausschussvorsitzender Kullik** bekräftigt seine Auffassung, wonach im Zusammenhang mit der geplanten Deponie in Haaßel zunächst grundsätzliche Fragen zu prüfen und zu bearbeiten sind. Er modifiziert den Eilantrag aber insofern, als die einleitende Formulierung wie folgt lauten solle: *„Eine Deponie gleich welcher Art wird am Standort Haaßel zum jetzigen Zeitpunkt vom Landkreis nicht unterstützt, bis folgendes geprüft bzw. bearbeitet ist: (...)“*

**Abgeordneter Lauber** ist der Meinung, dass im Landkreis anfallender belasteter Erdaushub und Bauschutt grundsätzlich auch im Kreisgebiet entsorgt werden solle. Noch nicht abschließend geklärt sei für ihn die Frage, wer als Träger von Deponieprojekten in Betracht komme. Er schlage vor, die Standortuntersuchung zur Hausmülldeponie Haaßel aus den 1980er Jahren nochmals zu überprüfen und die seinerzeit angewandten Kriterien transparent zu machen. Wenn die Überprüfung ergebe, dass Haaßel ein geeigneter Deponiestandort sei, könne er die „kleine Lösung“ akzeptieren.

**Erster Kreisrat Dr. Lühring** weist darauf hin, dass der Landkreis zivilrechtlich keine Möglichkeit habe, die „kleine Lösung“ zu verhindern, da die Eintragung einer Baulast zugunsten der verkauften nördlichen Flächen nicht verweigert werden könne. Es wäre vertragstreuwidrig, erst ein Grundstück zu verkaufen und dann die Erschließung zu verweigern.

**Ausschussvorsitzender Kullik** beantragt sodann, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2011 in folgender Fassung zu beschließen:

*„Eine Deponie gleich welcher Art wird am Standort Haaßel zum jetzigen Zeitpunkt vom Landkreis nicht unterstützt, bis folgendes geprüft bzw. bearbeitet ist:*

1. *Welcher Bedarf für eine Bodendeponie im Landkreis besteht? („Bauschuttdeponie“/ Deponie Klasse I, benötigte Flächengröße, benötigtes Deponievolumen, jährliches Aufkommen, Deponielaufzeit, „Landkreisdeponie“/überregionale Deponie)*
2. *Wer betreibt eine eventuell notwendige Deponie? (Landkreis in Eigenregie oder private Investoren)?*
3. *Ein neues Suchraumverfahren“*

**Abgeordneter Bargfrede** beantragt namens der CDU/FDP-Gruppe folgenden Beschlussvorschlag:

*„Der Landkreis nimmt zur Deponie Haaßel Stellung, wenn ein neuer konkreter Antrag vorliegt und vom Gewerbeaufsichtsamt ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird. Vorher werden keine positiven Signale ausgesendet. Fragen hinsichtlich einer möglichen eigenen Bauschuttdeponie des Landkreises werden im Ausschuss für Abfallwirtschaft im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises behandelt.“*

### **Beschluss:**

Der modifizierte Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird mit 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der vom Abgeordneten Bargfrede gestellte Antrag wird einstimmig empfohlen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	6

**Ausschussvorsitzender Kullik** übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Punkt 12 der Tagesordnung:                    **Anfragen**

---

Es liegen keine Anfragen vor.

### **b) nichtöffentlicher Teil**

Punkt 13 der Tagesordnung:                    **Berichte und Anfragen**

---

Es liegen keine Berichte und Anfragen vor.

**Ausschussvorsitzender Kullik** schließt um 17:10 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer